

DVGW

Klare politische Weichenstellungen gefordert

[20.01.2025] Der DVGW hat zum Jahresauftakt klare politische Weichenstellungen für den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur und die Energiewende gefordert. In Berlin präsentierte der Verband seine energie- und wasserpolitischen Forderungen, darunter die Schaffung regulatorischer Sicherheit und Investitionen in eine flächendeckende Wasserstoffversorgung.

Der [Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches \(DVGW\)](#) hat vergangene Woche in Berlin seine Forderungen für eine nachhaltige Energieversorgung vorgestellt. Wie der DVGW mitteilt, standen im Fokus der Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur, die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnGW) und die Sicherstellung der Versorgungssicherheit in der Energiewende.

„Entscheidend für das Gelingen der Energiewende wird sein, dass die politischen Rahmenbedingungen, gerade mit Blick auf die künftige Bundesregierung, richtig gesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes, die nun schnellstmöglich verabschiedet werden muss. Nur wenn Unternehmen ihre Energiebedarfe verbindlich und rechtssicher planen können, besteht die Chance, dass die Wirtschaft in Deutschland wieder wächst“, erklärte Professor Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender des DVGW. Dabei müsse die Transformation Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umsetzbarkeit gleichermaßen gewährleisten, um die Klimaziele ökonomisch vertretbar zu erreichen.

Laut DVGW spielt Wasserstoff dabei eine zentrale Rolle. Um dessen Potenzial als nachhaltiger Energieträger auszuschöpfen, fordert der Verband den Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken als Basis für die heimische Produktion von grünem Wasserstoff. Zugleich müsse Deutschland seine Importmöglichkeiten stärken und dabei eng mit europäischen Partnern zusammenarbeiten. Das geplante Wasserstoffkernnetz sei ein erster wichtiger Schritt, bedürfe jedoch der zügigen Erweiterung durch Verteilnetze, um Industrie, Gewerbe und Haushalte flächendeckend versorgen zu können.

Der DVGW sieht auch in der Umstellung von Kohlekraftwerken auf Gaskraftwerke, die perspektivisch mit Wasserstoff betrieben werden können, eine zentrale Maßnahme zur Dekarbonisierung. Er warnt jedoch vor einer künstlichen Verknappung neuer Gase wie Wasserstoff, Biomethan und deren Derivate, da diese die Marktentwicklung und sektorübergreifende Anwendung behindern könnten.

Die Versorgungswirtschaft stehe vor großen Herausforderungen, so der Verband, die nur durch gezielte Investitionen und eine klare politische Ausrichtung zu bewältigen seien. Die Energiewende könne nur gelingen, wenn alle verfügbaren Energiegase genutzt werden, um Versorgungssicherheit, wirtschaftliches Wachstum und Klimaschutz miteinander zu verbinden.

(th)

Stichwörter: Politik, Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches DVGW